



OHCHR: Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird von der Ukraine unangemessen eingeschränkt

4. Januar 2025

Florian Rötzer

73 Kommentare



[Bild](#): Aedrian Salazar/pexels.com

Danielle Bell, die Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen (OHCHR), hat ihren [Bericht](#) zur Situation in der Ukraine in der Zeit von September bis November 2024 vorgelegt. Danach gab es einen Anstieg an zivilen Opfern, 93 Prozent in von Kiew kontrollierten Gebieten, wobei es in den russisch kontrollierten Gebieten auch mehr sein könnten. 574 wurden in den drei Monaten

getötet, im Vergleich zum Gaza-Krieg relativ wenig.

Russische Gleitbomben würden große Zerstörungen verursachen, Schäden gab es vor allem bei der Energie-Infrastruktur. Schwere Vorwürfe werden den russischen Truppen gemacht, die Kriegsgefangene erschießen und misshandeln, das sei auf ukrainischer Seite weniger häufig und systematisch. Allerdings wurden verletzte und wehrlose russische Soldaten auch mit Kamikazedrohnen getötet.

Vorgeworfen wird Russland, Gesetze in den besetzten Gebieten eingeführt zu haben, die das Völkerrecht verletzen und fundamentale Rechte einschränken. Beispielsweise werden Einwohner gezwungen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen, um ihre Rechte auf Immobilien zu erhalten. Das ist einer der Gründe, warum nicht wenige Menschen aus der Ukraine in die besetzten Gebieten zurückkehren, was Kiew natürlich in Probleme stürzt. Verlassene Häuser wurden beschlagnahmt, was die Rückkehr von vertriebenen oder geflüchteten Einwohnern praktisch unmöglich mache, sagt der Bericht.

Überdies würde versucht, Kinder in die russische Gesellschaft durch eine neue Kulturpolitik zu integrieren. Sie werden, wie dies auch in der Ukraine geschieht, an Waffen ausgebildet. Wenn Menschen inhaftiert werden, beispielsweise wegen „Missachtung der russischen Streitkräfte“ bleiben sie oft lange im Gefängnis und werden dort häufig gefoltert oder misshandelt.

Beiden Seiten werden Einschränkungen der Religionsfreiheit vorgeworfen, der Ukraine das Verbot der Russischen Orthodoxen Kirche. Kiew habe die Notwendigkeit und Angemessenheit nicht demonstriert. Das Verbot gründe auf vagen „Verbrechen“ insbesondere gegen die nationale Sicherheit wie der „Propaganda der Ideologie der Russischen Welt“. Das hat von Seiten der ukrainischen Regierung schnell Kritik ausgelöst.

Das Außenministerium [wirft](#) der OHCHR „falsche Anschuldigungen“ und „Realitätsverzerrung“ vor. Es würden keine Kirchen in der Ukraine verboten, sondern es würden „lediglich religiöse Organisationen in der Ukraine daran gehindert, Regierungszentren zu unterstehen, die in einem Staat lokalisiert sind, der eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine ausgeführt hat und weiter ausführt und/oder zeitweise einen Teil ihres Territoriums besetzt, oder religiöse Organisationen, die die Aggression gegen die Ukraine unterstützen“. Es sei ein legitimes Ziel, indem nur der von der Russischen Orthodoxen Kirche ausgeübte Druck auf die Gläubigen entfernt, aber das Gewissen nicht belastet werde. Russland begehe hingegen Verbrechen gegen die Religionsfreiheit, töte Kirchengänger, zerstöre Kirchen und verfolge nicht-russische orthodoxe Organisationen in den besetzten Gebieten.

Die Antwort kann natürlich nicht befriedigen. Erstaunlich ist, warum das Außenministerium sich von der Verletzung der Religionsfreiheit herausgefordert sah, aber nicht von dem Thema des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, das von der OHCHR ebenfalls neben der Verfolgung von angeblicher Kollaboration prominent angesetzt wurde. Angesichts der Anstrengungen, zwangsweise wehrfähige Männer zu rekrutieren, die sich in Massen verstecken und durch Korruption der Einziehung entgehen oder aus dem Land fliehen wollen, wird es eklatant, dass die Möglichkeit, den Kriegsdienst zu verweigern, in der Ukraine nicht besteht. In Russland gibt es eine Militärdienstpflicht für Männer zwischen 18 und 30 Jahren, Reservisten können seit Mai 2022 bis zum Alter von 65 Jahren eingezogen werden. Theoretisch kann ein Antrag zur Kriegsdienstverweigerung nur bis zur Einberufung gestellt werden. Näheres zu Russland siehe [hier](#).

OHCHR verweist auf den [Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte](#) (ICCPR), nach dem eigentlich „jede Kriegspropaganda durch Gesetz verboten“ werden müsste und nach dem „das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ohne Einschränkungen oder Ausnahmen“ gewährt werden müsste. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gebe es zwar auch in der ukrainischen Verfassung, aber werde unangemessen auf einige Formen der Religion oder Weltanschauung eingeschränkt, was die Gleichheit vor dem Gesetz verletzt. Es würden zwar Ausnahmen gewährt, aber nicht aus Gewissensgründen – „selbst nicht für diejenigen Religionen oder Weltanschauungen, die andernfalls nach innerstaatlichem Recht in der Ukraine für Ausnahmen in Frage kommen würden“.

OHCHR macht auf einige Fälle aufmerksam: „Während des Berichtszeitraums dokumentierte OHCHR die Fälle von fünf Männern, die zum Militärdienst eingeteilt und in eine militärische Ausbildungseinrichtung verlegt wurden, nachdem sie versucht hatten, ihr Recht auf Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen wahrzunehmen. In allen Fällen wurden die Männer willkürlich von den für die Einberufung zuständigen Militärangehörigen zwei bis vier Tage lang festgehalten und waren Misshandlungen oder Folter ausgesetzt. Ihnen wurde Gewalt angedroht und sie wurden ‚an die Front geschickt‘, vier von ihnen wurden geschlagen, erstickt und über den Boden geschleift.“

PS: Ich habe Anfang der 1970er Jahre den Kriegsdienst verweigert und musste dabei drei Anhörungen durchlaufen, bis ich anerkannt wurde – die Einwände haben sich seitdem nicht geändert. Im Gegensatz zu anderen ehemaligen Kriegsdienstverweigerern aus der grünen oder roten Ecke, die das heute bedauern und angeblich in den Krieg ziehen würden oder dem verrückten Slogan anhängen, dass Waffen Leben retten, bin ich mir treu geblieben und würde erneut aus politischen und Gewissensgründen verweigern. Aus dem Grund berichte ich auch

immer mal wieder über die Mobilmachung in der Ukraine.

Ähnliche Beiträge:

- [Von Russen und Ukrainern begangene Kriegsverbrechen während des Kriegs in der Ukraine](#)
- [Die Masse der ukrainischen Kriegsdienstverweigerer durchkreuzt Nato-Interessen](#)
- [“Drückeberger aller Länder, vereinigt Euch!”](#)
- [Kriegsverbrechen: Haben ukrainische Soldaten russische Kriegsgefangene hingerichtet?](#)
- [Sollen ukrainische Männer aus Deutschland zum Kriegsdienst in ihr Land zurückgeschickt werden?](#)

teilen

teilen

teilen

E-Mail

teilen



Unterstützen Sie das Overton Magazin und seine Unabhängigkeit!

Schlagwörter: [Kriegsdienstverweigerer](#), [Kriegsgefangene](#), [Menschenrechtsverletzungen](#), [Mobilisierung](#)